

ZTS | 2. Sonderband 2014

Zeitschrift für Theoretische Soziologie

ZTS

2. SONDERBAND

Autonomie revisited

Beiträge zu einem umstrittenen
Grundbegriff in Wissenschaft,
Kunst und Politik

Martina Franzen | Arlena Jung |
David Kaldewey | Jasper Korte (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Martina Franzen, Arlena Jung, David Kaldewey und Jasper Korte</i> Begriff und Wert der Autonomie in Wissenschaft, Kunst und Politik. Eine Einleitung	5
Autonomie der Wissenschaft	
<i>Rudolf Stichweh</i> Paradoxe Autonomie. Zu einem systemtheoretischen Begriff der Autonomie von Universität und Wissenschaft	29
<i>Jochen Gläser und Uwe Schimank</i> Autonomie als Resistenz gegen Beeinflussung. Forschungshandeln im organisatorischen und politischen Kontext	41
<i>Peter Wehling</i> Reflexive Autonomie der Wissenschaft. Eine feldtheoretische Perspektive mit und gegen Pierre Bourdieu	62
<i>Marc Torka</i> Professionelle Autonomie. Zum analytischen Wert professionsoziologischer Autonomiebegriffe in der Wissenschaftsforschung	88
<i>David Kaldewey</i> Die Autonomie der Wissenschaft als semantischer Raum. Differenzierungsprozesse zwischen Antike und Renaissance	115
<i>Peter Münte</i> Die Autonomie der Wissenschaft im Ordnungsdiskurs der Moderne. Ein Versuch über den Formenwandel der modernen Wissenschaft	143

Autonomie der Kunst

Rainer Schützeichel

Autonomie als Programm. Über eine schwierige Kategorie der Kunstsoziologie 166

Nina Tessa Zahner und Uta Karstein

Autonomie und Ökonomisierung der Kunst. Vergleichende Betrachtungen von System- und Feldtheorie 188

Ivonne Küsters

Die Produktion von Autonomie durch Subjektivierung des Heteronomen. Organisation und Management autonomer Kunst 211

Autonomie der Politik

Joachim Renn

Einheit der Politik – Vielfalt des Politischen. Die Autonomie des politischen Systems und die multiple Differenzierung des Politischen 236

Basil Bornemann und Michael Haus

Politische Autonomie. Semantiken, Entwicklungslinien, Theoriekontexte 260

Marc Mölders

Die Erreichbarkeit der Politik. Governance-Forschung und die Autonomie der Politik 284

Autonomiekonflikte

Peter Weingart

Die Stellung der Wissenschaft im demokratischen Staat. Freiheit der Wissenschaft und Recht auf Forschung im Verfassungsrecht 305

Arlena Jung

Autonomie als relationaler Begriff. Wissenschaftliche Politikberatung im Wandel 330

Stefan Böschen

Autonomie-Kämpfe. Konstitutionsprobleme epistemischer Unabhängigkeit 353

Martina Franzen

Grenzen der wissenschaftlichen Autonomie. Zur Eigengesetzlichkeit von Publikationskulturen 374

Fran Osrecki

Autonomie von der Abweichung her denken.

Zur Wiederentdeckung einer Theoriefigur

400

Die Autorinnen und Autoren

420

Martina Franzen, Arlena Jung, David Kaldewey und
Jasper Korte

Begriff und Wert der Autonomie in Wissenschaft, Kunst und Politik

Eine Einleitung

We have had politics for politics' sake; we have had religion for religion's sake; science for science's sake; literature for literature's sake; and art for art's sake; but we now want politics for justice, religion for right, science for happiness, literature for love of humanity, and art for the practical social pleasure of all in the most commonplace things of life.

William Tirebuck 1894

Von Autonomie ist in Forschung wie Öffentlichkeit häufig dann die Rede, wenn Grenzziehungen legitimiert oder problematisiert werden sollen. Neben dieser normativen Begriffsverwendung wird der Autonomiebegriff aber auch deskriptiv und analytisch verwendet: Zum einen um die Ordnung der Gesellschaft und ihrer Teilbereiche zu beschreiben, zum anderen um die Verschiebung innergesellschaftlicher Grenzen im Zuge gesellschaftlichen Wandels zu thematisieren. Mit der Diagnose eines Autonomieverlusts oder eines Autonomiegewinns werden beispielsweise Veränderungen im Verhältnis zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, Institutionen, Akteuren und Akteurkonstellationen charakterisiert. Besonders deutlich ist dies in Feldern wie der Wissenschaft, der Kunst und der Politik. Aus einer differenzierungstheoretischen Perspektive liegt jedoch die Vermutung auf der Hand, dass sich auch in anderen Bereichen, etwa im Recht, in der Wirtschaft, in der Medizin oder im Erziehungssystem Autonomiefragen verschiedenster Art stellen. Im Blick auf solche gesellschaftlichen Strukturen zeigt sich die genuin soziologische Dimension des Autonomiebegriffs: Es geht hier nicht um philosophische und anthropologische Fragen der Willensfreiheit oder der individuellen Selbstbestimmung, auch nicht um die pädagogische Frage nach dem Zusammenhang von Autonomie, Emanzipa-

tion, Identität und Subjektivität im Rahmen der Erziehung von Personen,¹ sondern um vielfältige Formen der Autonomie sozialer Entitäten, um die für die soziale Realität konstitutive Verschränkung von Autonomie und Heteronomie sowie um komplexe Interdependenzen zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen. Darüber hinaus verweist das Autonomiethema aber immer auch auf den Ursprung und Kern soziologischen Denkens: Die Grenzen von Individuum und Gesellschaft und deren Figurationen stellen eine der Grundproblematiken dar, aus der sich die soziologische Wissenschaft entwickelt hat, und das Postulat einer eigengesetzlichen sozialen Sphäre jenseits des nur psychologisch zu erfassenden Bewusstseins der Einzelnen sichert letztlich die Autonomie der Soziologie selbst gegen Reduktionismen und Eingemeindungen.

Die normative Dimension des Autonomiebegriffs zeigt sich besonders deutlich daran, dass einer Forderung nach mehr Autonomie – z.B. von Patienten, Journalisten, Künstlern, aber auch, abstrakter, von Professionen und verschiedenen Typen von Organisationen – nur selten explizit widersprochen wird. Offensichtlich wird Autonomie grundsätzlich als erstrebenswertes und schützenswertes Gut behandelt. Der Begriff ist in den meisten Kontexten positiv konnotiert. Immerhin geht es, so die primäre Assoziation, um die Emanzipation des selbstbestimmten Individuums. So werden mit Begriffen wie „Empowerment“ neue Regulierungsinstrumente legitimiert, die die Entscheidungs- und Handlungskompetenz der ‚Regulierten‘ vergrößern (Clarke 2005). Dagegen werden Eingriffe, die die Autonomie der Betroffenen beschränken, meist als problematisch gekennzeichnet, beispielsweise wenn die Industrie- und Handelskammer eines Bundeslandes die Beschneidung der Hochschulautonomie durch das verantwortliche Ministerium moniert oder wenn ein Finanzminister davor warnt, dass das Bundesverfassungsgericht in die Autonomie der Europäischen Zentralbank eingreift. Zeitdiagnostiker machen regelmäßig auf Autonomiegefährdungen jeder Art aufmerksam, sei es im Zuge der Anwendung neuer Technologien wie etwa im Falle des vollautomatisierten Fahrens oder auch in der Entwicklung neuer Governanceformen.²

1 Siehe für eine erziehungswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Autonomiebegriff Rieger-Ladich (2004). Wir haben uns erlaubt, den Titel seines Aufsatzes „Autonomie revisited“ aufzugreifen und zu variieren. Wir teilen das Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der „besondere[n] begriffliche[n] Geschmeidigkeit und semantische[n] Beweglichkeit“ des Autonomiebegriffes (Rieger-Ladich 2004: 236), gehen jedoch über die Engführung des Begriffs auf individuelle Bildungssubjekte hinaus.

2 Damit wird die Gefahr der doppelten Verwendung des Autonomiebegriffs in sozialistischer und politischer Semantik deutlich, durch Äquivokationen unter der Hand

Demgegenüber wird Autonomie aber zum Problem, wenn sie normativen Erwartungen im Wege steht: In der oben zitierten Passage aus einem politischen Manifest des späten 19. Jahrhunderts (Tirebuck 1894) ist diese Problematik ausformuliert, noch bevor die Soziologie sich ihrer angenommen hat: Eine nur an der eigenen Erkenntnisdynamik orientierte Wissenschaft („science for science’s sake“) verschenkt ihre Fortschritts- und Emanzipationspotentiale, eine selbstbezügliche Kunst („art for art’s sake“) kann nicht mehr in den Dienst höherer Ziele gestellt werden, und eine autonome Politik („politics for politics’ sake“), die sich nur für Machterhalt interessiert, verfehlt ihre gesellschaftliche Funktion. Heteronome Funktions- und Leistungsbestimmungen („science for happiness“, „literature for love of humanity“, „politics for justice“) können nur noch gewünscht oder angemahnt, kaum aber verbindlich eingefordert werden. Die Soziologie hat seither immer wieder aufgezeigt, dass die Verselbständigung sozialer Entitäten problematische Nebenfolgen und Risiken produzieren kann. Dies vermindert unter Umständen die Fähigkeit, auf Gefahren zu reagieren, und verdeutlicht wiederum die Steuerungsproblematik der modernen Gesellschaft, was nirgendwo so deutlich wie in der aktuellen Finanzkrise zum Ausdruck kommt und als Folgeproblem der freien Marktwirtschaft markiert wird. Wie aber kann zwischen autonomer Politik, autonomer Öffentlichkeit und autonomen Teilbereichen vermittelt werden und wie sollte diese Vermittlung (demokratisch) funktionieren? Dieses Bild der Gesellschaft, deren zentrale Errungenschaft und zugleich zentrales Problem in autonomen Wertsphären oder Funktionssystemen besteht, prägt die Gesellschaftsdiagnosen des 20. Jahrhunderts von Max Weber über Niklas Luhmann bis Ulrich Beck und liegt letztlich auch vielen Beiträgen des vorliegenden Bandes zugrunde.

Die normative Komponente solcher Autonomiedebatten legt zunächst die Vermutung nahe, dass es für die Soziologie heute primär darum geht, Autonomie als gesellschaftlichen Wert, als Semantik, letztlich als Strukturmoment teilsystemischer Selbst- und Fremdbeschreibungen zu untersuchen. Damit würde man aber der analytischen Verwendung des Begriffs in der sozialwissenschaftlichen Literatur nicht gerecht. In dieser spielt der Autonomiebegriff gegenwärtig vor allem in zwei Zusammenhängen eine dominante Rolle. Erstens sind Annahmen über die Autonomie unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche ein zentraler Gegenstand theoretischer Ausei-

das Sprachspiel zu wechseln, was sowohl für die soziologische Analyse wie den politischen Austausch problematisch ist (→ *Mölders*). Dieser Zusammenhang macht aber auch die Eigenständigkeit der soziologischen Perspektive gegenüber einer politischen Ontologie deutlich (→ *Renn*).

nersetzungen. So wird beispielsweise in aktuellen Gesellschaftsdiagnosen über Veränderungen des Verhältnisses von Wissenschaft im Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt ein Autonomieverlust konstatiert; die Rede ist dann von „Ökonomisierung“, „Politisierung“ und „Medialisierung“ (Weingart 2001) oder, weitergehend, von einer „Entdifferenzierung“ zuvor autonomer gesellschaftlicher Bereiche (Nowotny et al. 2001). Auch in Beschreibungen zum Wandel des Politischen geht es, wie etwa die Rede vom Autonomieverlust der Nationalstaaten zeigt, um eine komplexe Konstellation von Autonomieverschiebungen zwischen verschiedenen Entitäten und Ebenen in einer unübersichtlicher gewordenen weltgesellschaftlichen Lage (Dittgen 2009). In vielen dieser Debatten bleibt aber unklar, wie Autonomie konzeptuell gefasst ist und wie demzufolge Autonomiegewinne und -verluste empirisch zu fassen sind (→ *Böschen*, → *Franzen*, → *Jung*). Der zweite Kontext, in dem sich das Autonomiethema regelmäßig aufdrängt, ist die Governance-Forschung, deren Interesse sich insbesondere auf die Frage richtet, wie sich neue Formen der Steuerung und der Regulierung auf die Autonomie von Akteuren, Organisationen oder auf ganze Funktionssysteme auswirken (→ *Gläser/Schimank*, → *Mölders*). Eine in diesem Zusammenhang häufig auftretende konzeptuelle Schwierigkeit liegt darin, dass normative Annahmen bzw. bestimmte Wertvorstellungen an den Autonomiebegriff gekoppelt werden. Dies ist, solange es in transparenter Form geschieht, nicht per se ein Problem, wird es aber, wenn die analytische Begriffsverwendung sich nicht mehr von den im Untersuchungsfeld gegebenen normativen Autonomievorstellungen unterscheiden lässt.

Diese Differenz zwischen einer *analytischen Begriffsverwendung* und der Auseinandersetzung mit einem in der sozialen Realität bzw. in konkreten gesellschaftlichen Kontexten gegebenen *Wert der Autonomie* wird im vorliegenden Sonderband – wenn auch mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – immer wieder aufgegriffen. Die einzelnen Beiträge widmen sich sowohl dem Autonomiebegriff als auch der Autonomiesemantik in den gesellschaftlichen Sphären der Wissenschaft, der Kunst, der Politik sowie, daran anschließend, den Interdependenzen bzw. Grenzkonflikten zwischen verschiedenen Feldern. Eine einheitliche Position, wie mit dem Spannungsverhältnis zwischen Begriff und Wert der Autonomie umzugehen ist, findet sich nicht. Manche Autoren plädieren für einen normativ bereinigten Autonomiebegriff, wenngleich sie die normativen Implikationen mitbedenken (→ *Wehling*), während andere davon ausgehen, dass der Autonomiebegriff notwendig ein normativer Begriff ist, da er als deskriptiver Begriff redundant würde (→ *Schützeichel*).

Bemerkenswert ist, dass eine systematische Auseinandersetzung mit dem Autonomiebegriff, obwohl er die Soziologie seit ihrer Gründung begleitet und trotz seiner offensichtlichen theoretischen und praktischen Re-

levanz, bislang ausgeblieben ist. Das gleiche gilt in weiten Teilen auch für die Politikwissenschaft (→ *Bornemann/Haus*). Der vorliegende Sonderband leistet einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke und zeigt neue Forschungsperspektiven auf. Einleitend wollen wir einige Dimensionen des Autonomiebegriffs diskutieren, und zwar sowohl mit Blick auf seine analytische Verwendung im Rahmen soziologischer Theorien (Autonomie als Begriff) als auch hinsichtlich seiner diskursiven und normativen Struktur-mächtigkeit (Autonomie als Wert). Daran anschließend wird skizziert, dass und in welcher Weise Autonomie als gesellschaftstheoretische Kategorie hilfreich ist, um die Logik und Entwicklung von Feldern und Funktionssystemen nicht nur theoretisch zu beschreiben, sondern auch empirisch zu erforschen. Auf Basis der versammelten Überlegungen und Befunde lautet das Resümee, dass das Autonomieproblem zum einen geeignet ist, soziologische Grundsatzpositionen zu verhandeln und die Reichweite von Theorien zu testen, zum anderen interdisziplinäre Anschlüsse eröffnen kann.

Autonomie als Begriff

In der Literatur wird zu Recht immer wieder auf die Offenheit und die Ambivalenz des Autonomiebegriffs verwiesen. Die Rede ist etwa von einer „schillernde[n] Unschärfe“ (Berka 2002: 26) oder von einer „rather slippery idea“ (Lacey 1999: 9). Eine theoriegeleitete Auseinandersetzung mit dem Autonomiebegriff legt zunächst zwei Gründe für diese Vieldeutigkeit nahe. Erstens ist Autonomie stets in Abhängigkeit vom jeweiligen Subjekt der Autonomie zu bestimmen: Wird die Autonomie von Individuen, von Rollen, von Organisationen oder von abstrakten sozialen Entitäten wie Feldern oder Funktionssystemen thematisiert? Zweitens ist Autonomie teilweise als absoluter, teilweise als relativer Begriff konzipiert. Als die Fähigkeit zur Selbstbestimmung etwa kann Autonomie immer nur im Verhältnis und in Abgrenzung zu Fremdbestimmung begriffen werden. Zudem stellt sich bei beiden Punkten die Frage, inwiefern Autonomie statisch oder dynamisch konzipiert ist.

Eine Grundvoraussetzung jeder Rede von Autonomie ist der Bezug auf ein Subjekt, dem Autonomie zukommen kann. Daran schließt die Frage an, ob und inwiefern Autonomie je nach Trägerschaft anders zu definieren ist. Als Subjekt der Autonomie kommt, wie etwa in der klassischen Definition Kants, zunächst das Individuum in Frage, soziologisch gewendet geht es damit um die Handlungsfähigkeit individueller Akteure. Tatsächlich ist dieser philosophische Autonomiebegriff in der ideengeschichtlichen Diskussion so dominant, dass die Frage nach alternativen Autonomiesubjekten oft gar nicht erst angeschnitten wird. Die soziologische Perspektive zielt nun zum einen

auf die gesellschaftlichen Bedingungen individueller Autonomiespielräume, zum anderen thematisiert sie den möglichen Autonomiestatus kollektiver Akteure, etwa von Organisationen, von Staaten oder auch von lose organisierten Gruppen und Netzwerken. Während diese Entitäten handlungstheoretisch gedacht sind, rechnet die systemtheoretische Perspektive Organisationen oder Funktionssystemen Autonomie zu (→ *Stichweh*). Und während individuellen Akteuren und Organisationen in der Regel Intentionalität zugeschrieben und Autonomie vor diesem Hintergrund als die Fähigkeit definiert wird, die eigenen Ziele und/oder die Mittel zur Erreichung dieser Ziele selbst zu wählen (→ *Gläser/Schimank*), werden Funktionssystemen oder Feldern diese Eigenschaften umgekehrt dezidiert abgesprochen. Die Autonomie von abstrakten Gebilden wie der Wissenschaft oder der Ökonomie oder von kulturellen Feldern – wie Literatur, Musik, bildende Kunst, Philosophie, Religion – erscheint vielmehr als die Fähigkeit, einen je eigenen Code oder eine eigene Illusio zu stabilisieren und je nach Reifegrad des Feldes werden, Bourdieu zufolge, Eingriffe in die Autonomie mit unterschiedlichem Erfolg abgewehrt (→ *Wehling*).

Bei der Bestimmung des Subjekts der Autonomie handelt es sich nicht um eine theoretische Kontroverse, sondern um eine forschungspraktische Entscheidung, die vor dem Hintergrund der je konkreten Forschungsfragen und Erkenntnisinteressen zu begründen und auf ihre Konsequenzen hin zu befragen ist. Im Zusammenhang mit der soziologischen Theoriebildung ist deshalb zu betonen, dass die Entscheidung, auf ein bestimmtes Autonomiesubjekt zu fokussieren, unter Umständen bereits die Entscheidung für ein theoretisches Paradigma impliziert. Entsprechend sind auch die Beiträge des vorliegenden Bandes nicht auf einen gemeinsamen theoretischen Kontext verpflichtet, sondern operationalisieren den Autonomiebegriff im Rahmen unterschiedlicher Paradigmen. Überraschend ist vor diesem Hintergrund, dass sich dennoch übergreifende Problemstellungen und begriffliche Lösungen finden lassen.

Wenn der Autonomiebegriff auf verschiedene Typen von Subjekten oder sozialen Entitäten bezogen wird, kann man auch von verschiedenen Autonomieebenen sprechen und nach deren Relationierungen fragen. Wie wirkt sich etwa die viel diskutierte neue Autonomie von Organisationen (Meso-Ebene) auf die individuelle oder professionelle Autonomie von Wissenschaftlern, Künstlern oder Politikern (Mikro-Ebene) einerseits und auf die emergente Ebene von gesellschaftlichen Funktionssystemen (Makro-Ebene) andererseits aus? Auf den ersten Blick scheint die zunehmende Autonomie von Organisationen mit einer Beeinträchtigung der Autonomie ihrer Mitglieder einherzugehen. Die gewachsene Selbstregulierungskapazität von Hochschulen beispielsweise bedeutet eine Einschränkung der individuellen Freiräume einzelner Wissenschaftler sowie einen geschwächten Einfluss

von Fachgemeinschaften (→ *Gläser/Schimank*, → *Münze*), und multireferentiell operierende Organisationen erschweren die Autonomiesicherung von Funktionssystemen und gefährden die individuelle Autonomie, sobald eine Verschiebung ihrer Primärorientierung stattfindet (→ *Franzen*). Gleichzeitig ist aber die Autonomie auf der Makro- und Meso-Ebene oftmals unabdingbare Bedingung von Autonomie auf der Mikro-Ebene. Die Autonomie von Professionen etwa wird erst durch Organisationen institutionell abgesichert und die Autonomie der Angehörigen der Profession erscheint nur als legitim, sofern sie sich in ihrem Handeln nach den jeweiligen professionellen Normen und Standards richten. Diese Normen und Standards werden wiederum damit legitimiert, dass sie stellvertretend gesellschaftliche Zentralwerte und Problemlagen bearbeiten (→ *Torka*). Evident wird hierbei das gegenseitige Bedingungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Autonomieebenen und ihren Wechselwirkungen. Diese Verknüpfungen der Autonomie unterschiedlicher Subjekte/Entitäten stellen so Anfragen an die Differenzierungstheorie selbst (→ *Franzen*, → *Gläser/Schimank*, → *Mölders*, → *Osrecki*, → *Renn*, → *Schützeichel*). Zur Debatte steht weiter, ob die Produktion von Autonomie überhaupt auf der Makro- oder Meso-Ebene geleistet werden kann, oder nicht vielmehr mit Prozessen der Subjektivierung auf der Akteursebene zu tun hat (→ *Küsters*).

Unabhängig von der theoretischen Perspektive sowie vom Autonomiesubjekt besteht weitgehend Einigkeit darin, dass Autonomie nicht als vollkommene Unabhängigkeit gedacht werden kann. Autonomie steht notwendig in einem strukturellen Spannungsverhältnis zu Heteronomie: Die Möglichkeit der Selbstgesetzgebung, die für den Autonomiebegriff oft als konstitutiv hervorgehoben wird, ergibt sich erst aus dem Abgleich mit Umwelterwartungen, und wenn von Selbstbestimmung die Rede ist, dann ist damit impliziert, dass es auch eine externe „Bestimmungsmacht“ gibt (Berka 2002: 25), von der sich das Autonomiesubjekt abzugrenzen sucht. Der Umweltbezug kann dadurch geprägt sein, dass Fremdkontrollen in Selbstkontrollen transformiert werden (→ *Stichweh*) oder dadurch, dass im Sinne eines Nullsummenspiels Autonomieansprüche gegenüber anderen Akteuren realisiert werden (→ *Gläser/Schimank*). Für die Verflechtung von Autonomie und Heteronomie und die sich daraus ergebenden wechselseitigen Interdependenzen lassen sich zahlreiche empirische Beispiele anführen: Die Bewältigung der Finanzkrise etwa gerät zum Prüfstein der Bedingung der Möglichkeit politischer und demzufolge auch wirtschaftlicher Autonomie (→ *Renn*). Die Wissenschaft ist allein schon aufgrund der immer kostspieliger gewordenen Forschung auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen und die Forschungsfreiheit wäre ohne die entsprechende rechtliche Absicherung ein prekäres Gut (→ *Weingart*). Der moderne Kunstbetrieb ist oft auf ein Management angewiesen, welches mit heteronomen

Mitteln die Spielräume für autonome Kunstproduktion zur Verfügung stellt (→ *Küsters*). Natürlich sind solche Abhängigkeiten nicht immer unproblematisch, im Kontext der wissenschaftlichen Politikberatung beispielsweise steht immer wieder zur Debatte, ob trotz heteronomer Ansprüche ausreichende Autonomie gesichert werden kann (→ *Jung*).

Wesentliches Moment jeder Definition von Autonomie ist demnach die Relation zu etwas Äußerem, etwas Fremden, etwas Anderem. So stellt sich erstens die Frage, wie sich der Gegenpol von Autonomie konzeptuell fassen lässt (Heteronomie, Fremdreferentialität, Außensteuerung etc.), und zweitens, wie Autonomie unabhängig von diesem letztlich negativen Bezug auf externe Instanzen positiv bestimmbar ist, ohne auf normativ anmutende Argumente von Funktionalität zurückzugreifen. Die Tatsache, dass vollkommene Selbstbestimmtheit und Eigengesetzlichkeit letztlich ein unerreichbarer Zustand ist, hat Konsequenzen für die Konzeptualisierung und Operationalisierung von Autonomie. Zu vermeiden sind zweierlei Extreme: Die Verneinung jeder Möglichkeit von Autonomie wäre genauso wenig hilfreich wie die umgekehrte Prämisse, dass soziale Entitäten per se als vollständig autonom zu begreifen sind. Auch im systemtheoretischen Rahmen darf deshalb Autonomie nicht vorschnell mit Autopoiesis gleichgesetzt werden. Zeitdiagnostische Betrachtungen zunehmender Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen oder zum gesellschaftlichen Primat des ökonomischen Leitwerts verweisen auf vielfältige neue Abhängigkeiten, die Autonomiebeschränkungen implizieren und deren Folgen selten genau expliziert werden (→ *Böschen*, → *Zahner/Karstein*). Für die Einschätzung möglicher Autonomiebedrohungen lässt sich weiter feststellen, dass gerade durch die Multiplizierung von Abhängigkeiten im Zuge gesellschaftlicher Komplexitätssteigerung Autonomiesicherung erst ermöglicht wird (→ *Küsters*, → *Stichweh*). Eine offene Frage ist, ob bei einer andauernden Irritation von nur einer Seite, etwa der Ökonomie, noch eine Transformation von Fremd- in Selbstkontrollen möglich ist, ohne dass die eigene Struktur aufgegeben wird.

Die in vielen empirischen Untersuchungen zentrale Frage danach, ob und wann sinnvoll von Autonomiegewinnen oder -verlusten gesprochen werden kann, wird in Abhängigkeit vom analytischen Interpretationsrahmen unterschiedlich beantwortet. Der Systemtheorie ist häufig vorgeworfen worden, ihr absoluter, an den Autopoiesisbegriff gekoppelter Autonomiebegriff sei für die empirische Forschung wenig hilfreich; notwendig sei vielmehr ein gradueller Autonomiebegriff, wie er sich beispielsweise in der Bourdieu'schen Feldtheorie findet (Gerhards 1991: 268; Kneer 2004: 246f.; Schimank 2006: 76f.). Diese Differenz zwischen Bourdieu und Luhmann wird in den Beiträgen des vorliegenden Bandes immer wieder aufgegriffen (→ *Schützeichel*, → *Wehling*, → *Zahner/Karstein*). Darüber hinaus finden sich

Versuche, Gradierungen von Autonomie auch in einem systemtheoretischen Rahmen zu konzeptualisieren: Auf der operativen Ebene bedeutet Autonomieverlust dann, dass ein System im Begriff ist, seine systeminterne Anschlussfähigkeit zu verlieren (→ *Franzen*), ein Prozess, der einer Entdifferenzierung vorgelagert ist. Im Umgang mit Autonomiegefährdungen können Systeme verschiedene Strategien verfolgen, von strategischer Anpassung über Abgrenzung und Expansion von Autonomieansprüchen (→ *Jung*). Schließlich lässt sich auf der semantischen Ebene die Bedeutung von Autonomiediskursen für die Emergenz und Stabilisierung von Funktionssystemen beobachten (→ *Kaldewey*), ein Prozess, bei dem es ebenfalls wenig Sinn machen würde, Autonomie als disjunkten Sachverhalt zu begreifen.

Autonomie als Wert

Die analytische Bestimmung des Autonomiebegriffs sollte nicht dazu führen, dass die Bedeutung von Autonomie als gesellschaftlicher Wert aus dem Blick gerät. Ein theoretisch durchdeklinierter Autonomiebegriff und dessen empirische Operationalisierung allein werden der Autonomieproblematik nur begrenzt gerecht, denn in der sozialen Realität, im Gegenstandsbereich der Soziologie, werden unter Umständen ganz andere Autonomiebegriffe und Autonomiesemantiken verwendet.³ Das Autonomieproblem kommt nicht nur in der Theoriesprache, sondern auch in der Objektsprache vor: In vielen sozialen Feldern fungiert ‚Autonomie‘ als eine wichtige Ethnokategorie. Besonders evident ist dies wiederum in den drei hier im Vordergrund stehenden Teilbereichen. Für die Wissenschaft, die Kunst und die Politik ist Autonomie schon immer eine zentrale Kategorie der Selbstbeschreibung gewesen und oft erscheinen die Reflexionen der Wissenschaftssoziologie, der Kunstsoziologie und der politischen Soziologie nur als nachträgliche Rekonstruktionen dieser im Feld gängigen Auffassungen. Vor diesem Hintergrund macht *Osrecki* darauf aufmerksam, „dass ein zentrales Problem

3 So zum Beispiel in der Debatte um den Strukturwandel der Öffentlichkeit. Die politisch-kulturelle Öffentlichkeit als Basishorm der modernen Demokratie ist autonom gedacht, ihrerseits aber auch mit autonomen Teilöffentlichkeiten konfrontiert und durch Wandlungsprozesse – wiederum: Ökonomisierung, Politisierung, Verwissenschaftlichung – in ihrer Funktionsweise bedroht (siehe Imhof 2011 sowie das Diskussionsforum in der Zeitschrift für Theoretische Soziologie, ZTS 2/2014). Dies produziert eine sehr ähnliche Konstellation normativ-deskriptiver Problemstellungen: Die Öffentlichkeit als deskriptive wie normative Voraussetzung von Demokratie ist Strukturveränderungen unterworfen und dient zugleich als Seismograph für eben jene.

soziologischer Autonomiebehauptungen darin liegt, dass sie bisweilen den Selbstbeschreibungen von Funktionssystemen zu nahe kommen“. Mit anderen Worten: Gerade in differenzierungstheoretischen Ansätzen besteht die Gefahr, den *Begriff* der Autonomie nach dem im beobachteten Feld gängigen *Wert* der Autonomie zu formen. Dieser Kurzschluss lässt sich vermeiden, wenn man zwischen analytischer Begriffsarbeit und der historisch-soziologischen Analyse von Autonomiediskursen unterscheidet (Kaldewey 2013) – was natürlich nicht heißt, dass nicht oft beides notwendig ist: Insbesondere zur Beobachtung des Strukturwandels gesellschaftlicher Teilbereiche müssen sich Institutionenanalysen und diskursanalytische Perspektiven wechselseitig ergänzen (→ *Jung*, → *Kaldewey*, → *Münste*).

Wenn man die Autonomie als Wert zum Thema soziologischer Forschung macht, drängt sich zunächst eine alte Einsicht aus den Debatten zur Werturteilsproblematik auf: Es ist für die Soziologie, auch und gerade wenn man diese als wertfrei auffasst, nicht nur unproblematisch, sondern oft notwendig, Werte als *Forschungsgegenstände* zu behandeln. So hat die „Erforschung der normativen Elemente sozialen Handelns“ bei den soziologischen Klassikern immer eine zentrale Rolle gespielt (Dahrendorf 1961: 39) und in der Wissenschaftssoziologie gibt es eine lange Tradition der ideologiekritischen Auseinandersetzung mit Autonomiediskursen, mit dem Ziel, die Stabilisierung und Verschiebung von Machtverhältnissen und partikularen Interessen zu erklären (Daniels 1967; Mulkey 1976; Gieryn 1983, 1995). Wenn sich die soziologische Forschung allerdings in der ideologiekritischen Dekonstruktion von Autonomiediskursen erschöpft, verspielt sie zugleich die Chance, die positive und konstitutive Bedeutung von Autonomievorstellungen für das jeweilige soziale Feld zu verstehen. In diesem Sinne entwickeln mehrere Beiträge des vorliegenden Bandes neue Perspektiven auf die Relevanz und die Funktion von Autonomiesemantiken in der Wissenschaft (→ *Kaldewey*, → *Münste*), der Kunst (→ *Schützeichel*) und der Politik (→ *Bornemann/Haus*, → *Mölders*). In der Differenz zwischen (analytischen) Autonomiebegriffen und (wertbeladenen) Autonomiesemantiken klingt die alte philosophische Unterscheidung einer negativen und einer positiven Freiheit an. Man kann deshalb, in Anlehnung an diese Terminologie, zwischen einem negativen bzw. formalen Verständnis von Autonomie als Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und einem positiven bzw. materialen Verständnis von Autonomie als einer wie immer zu bestimmenden Setzung eines Eigenwertes unterscheiden (→ *Kaldewey*, → *Torka*). Letzteres bedeutet, dass es aus soziologischer Perspektive nicht allein darum gehen darf, faktische Autonomiegewinne und -verluste zu diagnostizieren, sondern dass darüber hinaus die kontextabhängige Pragmatik und Semantik von ‚Autonomie‘ im Blick zu behalten ist.

Von dieser empirischen Perspektive auf Autonomiediskurse zu unterscheiden ist das Werturteilsproblem im engeren Sinne, also die Frage, inwieweit die Soziologie in ihrer Beschäftigung mit Autonomiefragen selbst einen normativen Standpunkt bezieht und ob in ihre diesbezüglichen Theorien und Begriffe außerwissenschaftliche Werte einfließen. Interessanterweise wird diese Frage in den meisten vorliegenden Beiträgen ausgeklammert. In eben dieser Auslassung liegt zugleich aber eine zentrale Aussage: Die Mehrzahl der Autoren geht selbstverständlich und oft implizit davon aus, dass die Soziologie einen normativ bereinigten Autonomiebegriff benötigt, um ihr analytisches Potenzial zu entfalten und empirisch fundierte Beiträge zu gesellschaftlichen Debatten und Problemlagen zu leisten. Nur wenige Autoren machen diesen Aspekt explizit zum Thema (→ *Gläser/Schimank*, → *Wehling*). Auch wenn die konstitutive Bedeutung normativer Autonomievorstellungen im Zusammenhang mit historisch stabilisierten Wissenschaftsverständnissen hervorgehoben (→ *Kaldewey*, → *Münste*) und die Notwendigkeit einer rechtlichen Absicherung der Wissenschaftsfreiheit in demokratischen Gesellschaften diskutiert wird (→ *Weingart*), bleiben leidenschaftliche Plädoyers für Autonomie aus – man hält sich also an das Postulat der Wertfreiheit. Die Annahme, dass mehr Autonomie grundsätzlich gut sei, also etwa die Qualität der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion steigern, die medizinische Versorgung verbessere oder im Sinne einer demokratischen politischen Ordnung notwendig sei, wird in dieser pauschalen Form von niemandem behauptet. Gelegentlich werden funktionale Argumente für Autonomie diskutiert, doch auch diese werden teilweise wieder relativiert: „Mehr Autonomie ist nicht notwendig funktionaler [...] oder in irgendeinem sonstigen Sinne besser“ (→ *Gläser/Schimank*).

Dennoch oder gerade deshalb ist hier die Frage zu stellen, ob die Soziologie es sich leisten kann, vollkommene Abstinenz im Hinblick auf die mit Autonomie verbundenen normativen Fragen zu praktizieren. Dies zeigt sich insbesondere bei der wissenschaftlichen Behandlung und Reflexion von Politik. Hier stellt sich das Problem der Autonomie direkter, aber auch auf anderen Ebenen. Kunst und Wissenschaft fechten ihre Autonomiedebatten in erster Linie auf kognitiver und semantischer Ebene aus, hier geht es um die wechselseitige Kritik nach systeminternen Maßstäben oder um Feldkämpfe zwischen autonomen und heteronomen Polen. Die dabei vor allem in historischer Perspektive relevanten Reinheitsgebote (*l'art pour l'art*, *„pure science“*) würden in der politischen Auseinandersetzung zu absurden Konsequenzen führen: Rein politische Argumente ohne moralischen oder sachlichen Anteil gelten im Rahmen demokratischer Vorstellungen gerade nicht als erstrebenswert. Während also einerseits die Autonomie der politischen Sphäre gegen totalitäre oder religiöse Vorstellungen erkämpft werden musste und in vielen Weltgegenden noch immer erkämpft werden muss,

gerät die Politik (auch in der soziologischen Beschreibung) als reine Politik, als Machtausübung der Machtausübung willen, gleichsam in Verdacht ihre Funktion zu verfehlen. Vor dem Hintergrund konkurrierender Politikbegriffe und Beschreibungsmuster stellt sich somit die Frage, was denn autonome Politik eigentlich ausmacht (→ *Renn*), und wenn die Politik autonom ist, stellt sich die Folgefrage, wie sie dann eigentlich noch beraten werden kann (→ *Mölders*). Hier zeigt sich die paradoxe Lösung, dass sich Beratungs- und Irritationspotentiale gerade durch gegenseitige Schließung nutzen lassen, dass also der Versuch, die Grenzen aufzubrechen, nicht immer zielführend ist.

Normative Fragen der Autonomie stellen sich im Bereich der Politik in horizontaler wie vertikaler Hinsicht. Zum einen geht es um eine horizontale Konstellation autonomer politischer Verbände, also hauptsächlich Nationalstaaten, die zwar unterschiedlich mächtig, aber völkerrechtlich gleichgestellt sind. Das Verbot von Einmischungen in innere Angelegenheiten von Nationalstaaten steht jedoch unter einem Dauerbeschluss moralischer Argumente. Hier wird die Rolle des Rechts und der Verrechtlichung der Politik zum Thema politischer Selbstreflexion (→ *Renn*). Auch die politische Soziologie muss sich natürlich fragen, ob und inwieweit sie diese historische Ordnung formal gleichberechtigter Nationalstaaten als normative Prämisse mitträgt. Zum anderen stellt sich die Autonomiefrage auch im Kontext vertikaler Strukturen innerhalb von autonomen Staaten. Hier ist erneut an Fragen der Steuerung zu denken, aber auch an sozialphilosophische Debatten, etwa diejenige zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in denen es darum geht, inwieweit autonomen Kollektiven verbindliche Normen auferlegt werden können und sollten (→ *Bornemann/Haus*). Autonome Organisationen und Berufsverbände stellen einen Stachel im Fleisch politischer Versprechen dar, selbst für die wichtigsten Fragen des öffentlichen Lebens zuständig zu sein. Die Autonomie von Professionen (→ *Torka*) und die Frage nach der Rolle der Wissenschaft in der Demokratie (→ *Weingart*) können so leicht zum Stein des Anstoßes werden. Die Demokratie scheint eine Form zu sein, die nur aufgrund von Freiheitsgewährungen existieren kann – und damit sich selbst kraft eigener Autonomie auch Autonomieeinschränkungen in Bezug auf andere Ordnungen auferlegen muss. Damit stellt sich auch die mit dem Schlagwort der Gouvernamentalität markierte Frage nach der Regierung autonomer Subjekte: Die Regierungstechnik, freiheits- und selbstregulierungsfähige Subjekte des Staats zu regulieren, zeigt diesen aber letztendlich die Grenzen auf, und zwar unter anderem vermittelt durch aus soziologischen Analysen gewonnene Erkenntnis. Die normative Leerstelle, die sich dadurch auftut, stellt sich jedoch immer wieder neu und wird sich kaum dauerhaft schließen lassen.

Autonomie als gesellschaftstheoretische Kategorie

Eng verwandt mit der Frage nach der Relationierung verschiedener Autonomiesubjekte sind eine Reihe von Fragen zur Emergenz, Institutionalisierung und Transformation von Funktionssystemen oder Wertsphären – sowie zu deren unter dem Stichwort ‚Entdifferenzierung‘ diskutierten eventuellen Auflösung. Kann die Autonomisierung einer Wertsphäre auf die Stabilisierung professioneller Handlungs- und Kommunikationsformen zurückgeführt werden und ihr Wandel auf deren Transformation? Welche Rolle spielen Organisationen bei der Stabilisierung sowie der Transformation dieser Handlungs- und Kommunikationsformen? Welche Bedeutung haben professionelle Rollenbilder und deren historischer Wandel? Inwiefern ist das Erleben von Autonomieverlust als Zeichen struktureller Widersprüche zu deuten, die charakteristisch für Umbruchsituationen sind? Annahmen über Autonomieverluste oder -gewinne spielen eine zentrale Rolle in aktuellen Gesellschaftsdiagnosen. Typisch für solche Gegenwartsdiagnosen ist es, unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Dynamiken in allgemeinen Begriffen zu fassen. Vor diesem Hintergrund kann ein klar definierter, differenzierter und empirisch operationalisierbarer Autonomiebegriff die konzeptuellen Grundlagen gängiger Gesellschaftsdiagnosen um einen zentralen Gesichtspunkt erweitern.

Für die Gesellschaftsbereiche Wissenschaft, Kunst und Politik stellt sich das Autonomieproblem jeweils anders dar. Im Folgenden sollen deshalb in einer vergleichenden Perspektive einige Forschungsfragen skizziert werden, die in den Beiträgen des Bandes dann ausführlicher verhandelt werden. Während Autonomie auch in anderen gesellschaftlichen Feldern, etwa im Recht, in der Medizin oder im Erziehungssystem ein Dauerthema der Selbstreflexion ist, stößt man im Bereich der Wissenschaft hinsichtlich der Notwendigkeit, den praktischen Konsequenzen und den Grenzen der Autonomie auf besonders vielfältige und widersprüchliche Positionsbestimmungen. Auf der einen Seite – etwa in weiten Teilen der *Science and Technology Studies* – wird eine Auflösung der Differenz zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen postuliert. Diagnostiziert werden „blurring boundaries“, hybridisierte und fragmentierte Formen der Wissensproduktion bis hin zu einer faktisch vollzogenen Entdifferenzierung von Wissenschaft und Gesellschaft. Die Rede ist dann etwa von einem „mode 2“ der Wissensproduktion (Gibbons et al. 1994; Nowotny et al. 2001) oder einer „triple helix“, in der sich Universitäten, Unternehmen und Politik ineinander verflechten (Etzkowitz/Leydesdorff 1997).

Auf der anderen Seite – und in der Tradition der Differenzierungstheorie – wird zwar ebenfalls von einem grundlegenden Wandel im Verhältnis zwischen Wissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Umwelt ausgegangen,

dieser wird jedoch nicht als Verwischung der Grenzen interpretiert, sondern auf „enger werdende Kopplungen“ zwischen nach wie vor autonomen Teilsystemen zurückgeführt (Weingart 2001). Der einen Seite wird dann vorgeworfen, dass organisationale Neuarrangements vorschnell mit Entdifferenzierung gleichgesetzt werden (z.B. Bora 2005), während der anderen Seiten unterstellt wird, dem Merton'schen Strukturfunktionalismus verhaftet zu bleiben und damit Grenzen normativ zu zementieren bzw. eine theoretische Perspektive einzunehmen, die blind für soziale Grenzverschiebungen ist.

Diese wissenschaftssoziologischen Debatten machen besonders deutlich, dass der Autonomiebegriff oft nicht analytisch oder deskriptiv, sondern normativ eingesetzt wird. Die Autonomiefrage ist ein Kampfplatz normativer Überzeugungen über die richtige Stellung von Wissenschaft in der Gesellschaft (→ *Kaldewey*, → *Münste*, → *Weingart*). Das Recht auf Autonomie wird der Wissenschaft und ihren Vertretern abgesprochen, sobald sich ihre selbstproklamierte epistemische Autorität als ungerechtfertigt erweist (Knorr-Cetina 1992) oder ihre zunehmende Distanz zur Gesellschaft Folgeprobleme zeitigt (Beck 1986), was sich gegenwärtig in der Forderung nach einer Demokratisierung der Wissenschaft verdichtet (Kitcher 2001, 2011). Auf der anderen Seite provozieren eben diese autonomiekritischen Diskurse Gegenreaktionen, Autonomie-Konflikte nehmen zu, die unter Umständen Re-Strukturierungen des wissenschaftlichen Feldes zur Folge haben können (→ *Böschchen*).

Autonomiesicherung entfaltet ihre eigene Dynamik, die Paradoxien hervorbringen kann (→ *Osrecki*, → *Stichweh*, → *Torka*). So ist seit der Implementierung von New Public Management einerseits von einer neu gewonnenen Autonomie der Hochschulen bzw. der Hochschulleitungen gegenüber der Politik die Rede, andererseits werden Autonomieverluste beklagt, die aus der umfassenden Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und den staatlichen Zuwendern entstehen. Ähnlich zwiespältige Effekte sind angesichts der neuen Evaluationskultur (Power 2008; Simon/Knie 2013) zu erwarten: Ob diese die Wissenschaft und ihre Akteure in ihrer Autonomie prinzipiell einschränkt oder entsprechende Governanceeffekte (Espeland/Sauder 2007) umgekehrt als individuelle oder institutionelle Autonomiesicherung begriffen werden können, ist noch zu klären. Aus professionssoziologischer Perspektive wiederum geht es in der Frage der Autonomie um ein Interventionsproblem. Am Fall des Promotionswesens zeigt *Torka*, dass kollegiale Handlungsautonomie eine Suggestionskraft besitzt, jedoch in konkreten Betreuungsinteraktionen sich Etappen der De-Autonomisierung und der Re-Autonomisierung abwechseln. Für die Wissenschaft als Beispiel einer „unpraktischen Profession“ (→ *Torka*) stellt sich das Interventionsproblem gleich in doppelter Hinsicht: Die viel diskutierten

Nebenfolgen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die vermehrte Aufdeckung wissenschaftlichen Fehlverhaltens, Diagnosen über Defizite der wissenschaftlichen Ausbildung und vieles mehr leisten einerseits gesellschaftlichen Interventionen in die Wissenschaft Vorschub, die diskursiv verhandelt werden und dabei auch das individuelle Wissenschaftsverständnis prägen (→ *Münze*); andererseits interveniert Wissenschaft selbst ständig in die Gesellschaft, sie ist beteiligt „an der Zerstörung alter, Entwicklung und Durchsetzung neuer Techniken, Verfahren und Denkweisen“ (→ *Torka*).

Im Vergleich zur Politik oder zur Ökonomie wird jedoch vergleichsweise selten die Frage aufgeworfen, inwiefern Wissenschaft die Autonomie anderer Teilsysteme bedroht oder erst ermöglicht. Die Beschäftigung mit der autonomen Wissenschaft ist insofern stärker auf Abwehr- als auf Expansionsstrategien gerichtet. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Autonomie der Wissenschaft, ähnlich wie die Autonomie der Kunst, als ein schützenswertes Gut betrachtet wird, das in Deutschland sogar Eingang in das Verfassungsrecht gefunden hat: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ (Art. 5,3 GG). *Weingart* zeigt in seinem Beitrag, dass die damit etablierte „teilhabe- bzw. funktionsrechtliche Begründung der Wissenschaftsfreiheit in der deutschen verfassungsrechtlichen Diskussion“ potenziell mit Prinzipien demokratischer Politik in Widerspruch gerät. Diese Diagnose wird indirekt gestützt von *Wehling*, der den Begriff einer „reflexiven Autonomie“ einführt und damit der Vermutung Raum gibt, dass „Impulse aus der Zivilgesellschaft“ eine konstitutive Rolle für die Herausbildung einer wissenschaftspolitisch neuen Form der Autonomie der Wissenschaft spielen könnten. Eine in der Bourdieu'schen Feldtheorie angelegte Fokussierung auf Abwehr und Neutralisierung von externen Impulsen verstellt *Wehling* zufolge den Blick auf alternative Möglichkeiten der Autonomiesicherung.

Für die Wissenschaft als soziales System stellt sich analog zur Politik (→ *Mölders*) die weitere Frage, wie gesellschaftliche Ansprüche an die wissenschaftliche Entwicklung realisiert werden können, wenn es sich auch hier um eine autonome Einheit handelt, die weder über eine Adresse verfügt, noch handlungsfähig ist. Eine Herausforderung bildet sowohl für die theoretische Durchdringung als auch für die empirische Beschäftigung die Zunahme wechselseitiger Leistungsbeziehungen zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlicher Teilbereichen. Diese wird in der älteren Literatur meist unter dem Stichwort ‚Wissenstransfer‘ (*Mayntz et al. 2008*), in der neueren Literatur dagegen unter dem Stichwort ‚Governance‘ diskutiert (*Grande et al. 2013*). Im Hintergrund steht dabei fast immer die Frage, ob es zutrifft, dass Wissenschaft über eine vergleichsweise hohe Brechungsstärke in der Neutralisierung externer Impulse verfügt, wie es etwa in der Bour-

dieu'schen Feldtheorie angenommen wird, und was man tun kann, damit Wissenschaft nicht an den Erwartungen der gesellschaftlichen Umwelt vorbei operiert. Aktuelle Fragen hierzu wären etwa, inwiefern die professionelle Autonomie der Wissenschaft durch eine rezent zu beobachtende Ausdifferenzierung sekundärer Leistungsrollenträger im Zuge von ‚Citizen Science‘ herausgefordert wird oder welche Implikationen aus neuartigen wechselseitigen Leistungsbeziehungen zwischen Funktionssystemen entstehen, wie z.B. zwischen Wissenschaft und Kunst im Bereich ‚Arts Based Research‘.

Wenn man nun das Feld wechselt und die Autonomie der Kunst in den Blick nimmt, zeigen sich zunächst in vielfacher Hinsicht strukturelle Ähnlichkeiten mit der Autonomie der Wissenschaft. Historisch betrachtet haben sich beide Bereiche in Abgrenzung zu feudalen und klerikalen Fremdbestimmungen entwickelt, zugleich sind sie bis heute in hohem Maße auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ihre Autonomie ist einerseits, das zeigt schon die Formulierung im Grundgesetz, rechtlich und politisch verbürgt, andererseits erscheint eben diese Autonomie in beiden Feldern immer wieder durch dieselben äußeren Einflüsse, etwa durch Ökonomisierung, bedroht (→ *Böschen*, → *Franzen*, → *Küsters*, → *Zahner/Karstein*). Eine strukturelle Ähnlichkeit besteht aber nicht nur in der normativen Vorstellung, Kunst und Wissenschaft müssten autonom agieren, sondern auch in der parallel mitlaufenden Erwartung einer durch diese Autonomie erst möglichen gesellschaftlichen Relevanz. Während von der Wissenschaft immer schon nicht nur bloße Erkenntnis um der Erkenntnis willen, sondern auch verwertbares und nützlich Wissen gefordert wurde (Kaldewey 2013), sieht sich die Kunst mit dem Anspruch lebenspraktischer Relevanz konfrontiert, wie man etwa an den vielfältigen Tendenzen sehen kann, die Kunst wieder verstärkt als Bildungsressource, als politisch-soziale oder ‚kritische‘ Praxis zu verstehen. Schließlich zeigen sich auch in semantischer Hinsicht starke Wahlverwandtschaften. So wurde etwa das Bild vom Elfenbeinturm seit Mitte des 19. Jahrhunderts für Künstler und Gelehrte gleichermaßen verwendet (Shapin 2012), und die Mitte des 20. Jahrhunderts stark werdende Forderung nach einem ‚Abschied vom Elfenbeinturm‘ war und ist sowohl an Wissenschaftler wie an Künstler gerichtet.

Neben der Strukturverwandtschaft der beiden Systeme ist jedoch auch auf instruktive Differenzen hinzuweisen. Zwar tendiert die soziologische Differenzierungstheorie zur Annahme, dass die Kunst in gleicher Weise als mediengesteuertes Funktionssystem konzipiert werden kann wie etwa die Politik, die Ökonomie, oder eben auch die Wissenschaft. In diesem Sinne betonen Klassiker wie Weber, Luhmann oder Bourdieu die Vergleichbarkeit von Kunst und Wissenschaft als „Wertsphären“, „Funktionssysteme“ oder „kulturelle Felder“. Andere Autoren dagegen heben hervor, dass im Falle

der Kunst kein systemkonstitutiver Code auszumachen ist und dass auch die Rede von einem symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium Probleme bereitet (→ *Zahner/Karstein*, → *Schützeichel*). Das Verhältnis von Kunst und Wissenschaft ist schließlich auch deshalb problematisch, weil zumindest einige Reflexionstheorien der Kunst einen genuinen und eigenen Wahrheitsbegriff unterstellen. So vertritt z.B. Harry Lehmann (2006) die These, dass Kunst nicht einfach ein ‚anderes‘ Funktionssystem neben der Wissenschaft ist, sondern eine Art Konkurrenzunternehmen, welches die Welt und die Gesellschaft mit alternativen Deutungen versorgt. In diesem Sinne wäre die Autonomie der Kunst nicht nur als Unabhängigkeit von politischen, religiösen oder ökonomischen Zwängen zu verstehen, sondern auch als Anspruch einer tiefergreifenderen Deutung gesellschaftlicher Realität als dies in der Wissenschaft oder auch in den Massenmedien geleistet werden kann. Dies betrifft dann aber nicht nur die autonome Herstellung von Kunst, sondern auch ihre Rezeption und die Frage nach der Autonomie ihres Publikums (→ *Zahner/Karstein*).⁴

Hinsichtlich der Frage nach der Relevanz des Autonomiebegriffs für die Differenzierungstheorie ist der Fall der Kunst insofern paradigmatisch, als in keiner anderen gesellschaftlichen Sphäre derart vielfältige und derart radikale Eigenwertbeschwörungen zu finden sind (→ *Schützeichel*). Seit der Romantik ist die Autonomie der Kunst und, damit einhergehend, die Ablehnung gesellschaftlicher Nützlichkeitsersparungen zentraler Topos ihrer Selbstreflexion: So schreibt Heinrich Heine: „[I]ch bin für die Autonomie der Kunst; weder der Religion noch der Politik soll sie als Magd dienen, sie ist sich selber letzter Zweck, wie die Welt selbst“ (zit. in Safranski 2007: 255). Ein Höhepunkt findet dieses Autonomiepostulat in der Formel *l'art pour l'art*, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts zum geflügelten Wort wird und bis heute einen zwar umstrittenen, aber in gewissen Grenzen doch gesellschaftlich anerkannten Sonderstatus markiert. Die Frage, ob die Kunstsoziologie einen Autonomiebegriff braucht, wird deshalb, anders als im Falle der Wissenschaftssoziologie, kaum bestritten. Man könnte nun vermuten, dass die Kunst in einer funktional differenzierten Gesellschaft unter anderem die Funktion hat, der Gesellschaft die Möglichkeit und Kontingenz autonomer sozialer Sphären überhaupt erst in aller Radikalität vor Augen zu führen. Umgekehrt gilt es aber auch zu fragen, ob die Diskurs-

4 So wird die Kunstrezeption des allgemeinen Publikums von wissenschaftlichen Deutungen vorgeprägt, denen sich ein Museumsbesucher kaum entziehen kann. Dies ist für den Philosophen Alain de Botton der Grund, das Museumskonzept neu zu justieren und Kunstwerke zu Objekten der Selbstbefragung zu machen (Rautenberg 2014).

mächtigkeit der Autonomiesemantik in der Kunst nicht ein Hinweis darauf sein könnte, dass das System einen besonders hohen Legitimationsbedarf angesichts einer strukturell immer nur prekär gesicherten Autonomie hat. Ob ihre Autonomiesicherung nun angesichts zunehmender gesellschaftlicher Komplexität und struktureller Kopplungen, insbesondere hinsichtlich der beobachtbaren Ökonomisierung bedroht ist, ist eine empirische Frage, deren Beantwortung nicht losgelöst beantwortet werden kann von dem analytischen Interpretationsrahmen der jeweiligen Theorie.

Zahner und *Karstein* notieren als Ergebnis des Vergleichs der theoretischen Perspektiven auf Kunst bei Bourdieu und Luhmann, dass in der Perspektive des letzteren „das gesellschaftliche Reflexionsmedium Kunst“ in der Lage zu sein scheint, „sich Fremdreferenz in geradezu virtuoser Art und Weise einzuverleiben“. Ähnlich argumentiert *Stichweh* für das Wissenschaftssystem, wenn er Autonomie in der Fähigkeit verortet, Fremdkontrollen in Selbstkontrollen zu transformieren. Vor diesem Hintergrund lässt sich die theoriepolitische Frage an Differenzierungstheorien und die Systemtheorie im Besonderen dahingehend präzisieren, inwiefern sie in der Lage sind, soziale Veränderungen in den Blick zu nehmen, um über die Differenzierung des Subjektbegriffs empirische Beobachtungen in ein makrostrukturelles Modell zu integrieren (→ *Gläser/Schimank*, → *Franzen*, → *Küsters*, → *Osrecki*).

Es verbleibt die Frage nach der Autonomie der Politik, die vielleicht die verwirrendste ist: Wie kann eine autonome Politik überhaupt verbindliche Regelungen für andere autonome Subjekte herstellen (→ *Bornemann/Haus*)? Ist es ein Problem für die Politik, wenn sie dann quasi auf gleicher Augenhöhe operiert? Inwiefern ist Repräsentation und Beratung dann noch möglich? Und inwiefern ist ein autonomes System wie die Politik überhaupt adressierbar (→ *Mölders*)? Sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der akademischen Reflexion ist der Autonomiebegriff im Bereich Politik anders gelagert als in der Wissenschaft oder in der Kunst: Zusätzlich zu der Frage, wie sich die Autonomie der Politik gegenüber einer Vereinnahmung beispielsweise durch wirtschaftliche Interessen stabilisiert, stellt sich die Frage, wie die Autonomie von nicht-politischen Institutionen, Organisationen und Personen gegenüber der Politik aufrechterhalten werden kann (→ *Bornemann/Haus*) und umgekehrt, wie sich Politik zum „Politischen“ verhält (→ *Renn*).

Verwurzelt ist die spezifische Bedeutung von Autonomie in der Politik einerseits in der jeder Herrschaftsform inhärenten Steuerungslogik, die letztlich auf eine Einhegung von Autonomieräumen hinausläuft und somit die Frage nach den legitimen Grenzen der Steuerungs- und Zugriffsrechte der Politik aufwirft. So gesehen kann jede Herrschaftsform als Form der Bearbeitung des grundsätzlichen Dilemmas der Steuerung und der damit

einhergehenden Zugriffsrechte bei einer gleichzeitigen Anerkennung sowohl der Notwendigkeit als auch der Legitimität von Autonomieräumen beschrieben werden. Die spezifische Bedeutung von Autonomie in der Politik ist aber andererseits auch ein Resultat des demokratischen Anspruchs auf eine Herrschaftsform, die die Interessen der Bürger realisiert und von diesen ausgeübt wird. Jede Demokratie kann als Mechanismus der Bearbeitung des grundsätzlichen Dilemmas verstanden werden, das Gemeinwohl durch kollektiv bindende Entscheidungen zu realisieren bei gleichzeitiger Anerkennung der Autonomie der Bürger sowie zivilgesellschaftlicher Akteure und Institutionen. So ist es eine Besonderheit von demokratischen Gesellschaften, kraft autonomer Entscheidung auf Zugriffsrechte in bestimmte gesellschaftliche Bereiche, etwa die Privatsphäre, zu verzichten. Aktuell steht zur Debatte, und auch dies wäre Gegenstand weiterer Forschung, ob beispielsweise hinsichtlich der Programmatiken von ‚Liquid Democracy‘ oder des ‚Open Government‘ Autonomieverluste oder -gewinne zu konstatieren sind und wen sie betreffen.

Zusammenfassend zeigt die begriffliche Auseinandersetzung für die drei Bereiche Wissenschaft, Kunst und Politik, dass ‚Autonomie‘ nicht einfach ein Synonym für ‚Unabhängigkeit‘, ‚Freiheit‘ oder auch ‚Selbstreferentialität‘ ist und dass Autonomieverlust nicht mit Entdifferenzierung gleichzusetzen ist. Autonomie ist zudem kein statischer Begriff, er unterliegt selbst Veränderungen und dient zur Beschreibung von Veränderungen. Dies erklärt seine andauernde Konjunktur.

Der Autonomiebegriff hat den Vorteil, dass er eine Scharnierstelle zwischen Makro-, Meso- und Mikro-Ebene bildet. Für makrosoziologische Betrachtungen alleine erscheint der Begriff zwar zentral, aber zugleich sperrig. Mit der Erweiterung des Beobachtungsfensters von der Wissenschaft auf die Kunst und Politik wurde mit diesem Band der Versuch unternommen, den Autonomiebegriff von den jeweiligen Selbstbeschreibungen und theoretischen Voreinstellungen zu lösen. Im Themenvergleich zeigt sich, dass in Wissenschaft und Kunst das Autonomiepostulat derart fest verankert ist, das es ungleich schwerer ist, eine analytische Distanz zu den Selbstbeschreibungsformeln, die bis ins Verfassungsrecht vorgedrungen sind (→ *Weingart*), zu entwickeln. Unumgänglich ist der normative Bezug für die Beobachtung von Politik (→ *Bornemann/Haus*), denn hier wird die Grenze der Politik selbst zum Politikum (→ *Renn*). Für den Theorievergleich gilt Ähnliches: Differenzierungstheorien setzen autonome Teilsysteme notwendig voraus, entweder im Sinne einer absoluten Autopoiesis (Luhmann) oder im Sinne einer relativen Autonomie des Feldes (Bourdieu). Handlungstheorien setzen auf mehr oder minder selbstbestimmte Akteure. Erst die Differenzierung der verschiedenen Ebenen und Autonomiesubjekte erlaubt eine präzi-

se Erfassung des – notwendig mehrdimensionalen – Autonomieproblems und die Beobachtung sozialer Wandlungsprozesse.

Die hier versammelten Beiträge zum Autonomieproblem verdeutlichen somit einmal mehr, inwiefern der analytische Interpretationsrahmen Erkenntnismöglichkeiten einschränkt oder erweitert. Was aus der einen Perspektive als Autonomiebeschränkung wahrgenommen wird, erscheint aus anderer Perspektive als Bedingung der Möglichkeit der Autonomiesicherung. Diese Differenzen gilt es zukünftig für empirische Zwecke weiter auszuloten. Das Autonomieproblem schärft damit nicht zuletzt den Blick auf die Reichweite von Theorien.

Ausblick: Braucht die Soziologie einen Autonomiebegriff?

Der vorliegende Sammelband versammelt Beiträge zu einem umstrittenen Grundbegriff der Soziologie. Die Umstrittenheit des Autonomiebegriffs bezieht sich nicht nur auf seine vielfältigen und schillernden Bedeutungsdimensionen, sondern auch auf die in der Literatur immer wieder ventilierete These, dass jede Rede von Autonomie derart ideologiebelastet ist, dass man sich davor hüten sollte, die entsprechenden Autonomiediskurse soziologisch zu reproduzieren. Man denke hier nur an die klassische Kritik am Autonomieanspruch der Professionen oder an die diversen Kritiken an der differenzierungstheoretischen These von autonomen Teilsystemen, denen der Verdacht gemeinsam ist, dass Autonomie ausschließlich als „Kategorie der idealisierten Selbstbeschreibung von sozialen Systemen“ verstanden wird (→ *Osrecki*). Diese Dekonstruktion von Autonomierhetoriken hat in der Vergangenheit immer wieder zu erfrischenden Erkenntnissen geführt, in der Zwischenzeit aber scheint sie eher zu einem Erkenntnishindernis bzw. zu einem Kommunikationsproblem geworden zu sein.

Ziel des vorliegenden Bandes war entsprechend, die Autonomiefrage neu aufzurollen und ergebnisoffen zu fragen, ob die Soziologie einen Autonomiebegriff braucht, und wenn ja, wie ein solcher Begriff aussehen könnte. Vor dem Hintergrund der erwähnten Ideologiekritik ist diese Frage keine rein rhetorische; aufgrund der systematischen Mehrdeutigkeit des Autonomiebegriffs, seines normativen Gehalts und seiner Verstrickung in die politische Semantik gibt es durchaus Gründe, sich von ihm fernzuhalten. Die Antworten auf unsere Frage, die die folgenden Texte darstellen, verweisen allerdings auf einen breiten und paradigmengreifenden Konsens dahingehend, dass ein vorsichtig und reflexiv gehandhabter Autonomiebegriff zentrale Themen gegenwärtiger soziologischer Debatten auf einer theoretisch differenzierten und empirisch fundierten Grundlage zu erörtern erlaubt. Der Band soll somit der kritischen Reflexion über das theoretische

Verständnis von Autonomie dienen und die Bandbreite an Vorschlägen, die hier versammelt sind, gibt der soziologischen Diskussion genügend Raum, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit der möglichen Positionen erheben zu wollen. Wenn die Frage der Autonomie weitere Forschung und Überlegungen anstößt, wäre aus Herausgebersicht das Ziel des Buches erreicht.

Dem vorliegenden Band ging ein Workshop unter dem Titel „Braucht die Wissenschaftssoziologie einen Autonomiebegriff?“ voraus, den wir im Herbst 2013 am *Forum Internationale Wissenschaft* (FIW) der Universität Bonn veranstaltet haben. Eine gewisse Themenkonjunktur des Autonomieproblems zeigte sich in parallel organisierten und fast zeitgleich durchgeführten Veranstaltungen wie der Jahrestagung der *Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung* zum Thema „Prekäre Autonomien“⁵ oder der Tagung des *AK Soziologie der Künste* zum Thema „Autonomie der Kunst? Zur Aktualität eines gesellschaftlichen Leitbildes“⁶. Wir freuen uns, dass die Veranstalter dieser Tagungen zugleich Beiträge für unser Projekt vorgelegt haben und bedanken uns an dieser Stelle für den fruchtbaren Austausch. Offenbar eignet sich der Autonomiebegriff als ein „boundary object“ (Star/Griesemer 1989), das verschiedene Diskursstränge zusammenführt, gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse zu beschreiben hilft und theorieübergreifende Anschlüsse erleichtert (ähnlich argumentieren auch *Bornemann* und *Haus* für die Politikwissenschaft). Wir vermuten darüber hinaus die Möglichkeit zusätzlicher interdisziplinärer Anschlüsse, etwa in Richtung der Erziehungswissenschaften und der Philosophie, der Medizinethik, der Rechtswissenschaft und Geschichtswissenschaft, die allerdings im vorliegenden Band noch nicht über Andeutungen hinaus weiterverfolgt werden konnten.

Eine weitere Entscheidung, die den Charakter des Bandes prägt, ist in gewisser Weise kontingent und sollte deshalb transparent gemacht werden: Am Anfang unseres Projektes stand die Auseinandersetzung mit der Autonomie der Wissenschaft, zugleich war uns bewusst, dass wir auf theoretischer Ebene ein allgemeineres differenzierungstheoretisches Problem bearbeiten: Autonomiefragen stellen sich in fast jedem sozialen Kontext, und gerade der Vergleich der verschiedenen Bereiche versprach instruktiv zu sein für die Erörterung des Begriffs Autonomie mit gesellschaftstheoretischem Anspruch. Die neugegründete *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* (ZTS) schien dafür das passende Forum zu bieten. Im Gespräch mit den

5 Am 29. und 30. November 2013 in Berlin, organisiert von Stefan Böschen und Marc Torka.

6 Am 10. und 11. Oktober 2013 in Leipzig, organisiert von Nina Tessa Zahner und Uta Karstein.

Herausgebern ging es dann um die Frage, wieweit man die Themensetzung für einen ZTS-Sonderband öffnen könnte, was schließlich zur Entscheidung führte, auf Wissenschaft, Kunst und Politik zu fokussieren. Für die Möglichkeit, auf dieser konzeptuellen Basis in relativ kurzer Zeit diesen Band vorlegen zu können, bedanken wir uns bei den Herausgebern der ZTS, Joachim Renn und Rainer Schützeichel. Noch mehr aber freuen wir uns, dass beide die Öffnung unserer ursprünglichen Fragestellung in Richtung Politik und Kunst durch eigene Beiträge unterstützt haben. So wie jede wissenschaftliche Tätigkeit, war auch die Erstellung dieses Sammelbandes eine kooperative Tätigkeit: Danken möchten wir hier in erster Linie allen Autorinnen und Autoren, die ihre Beiträge trotz des engen Zeithorizonts mit hohem Engagement fertiggestellt haben. An dem redaktionellen Feinschliff des Buchmanuskripts waren Jason Chumtong und Florian Irgmaier beteiligt. Für die Gastgeberschaft und Finanzierung des Workshops danken wir dem FIW in Bonn, und für die zügige Drucklegung und die hervorragende Betreuung dem Beltz Juventa Verlag, namentlich Frank Engelhardt und Hannelore Molitor.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Berka, Walter (2002): *Autonomie im Bildungswesen. Zur Topographie eines bildungspolitischen Schlüsselbegriffs*. Studien zu Politik und Verwaltung. Bd. 76. Wien u. a.: Böhlau.
- Bora, Alfons (2005): „Rezension: Helga Nowotny, Peter Scott und Michael Gibbons: *Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit*“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(4), S. 755-757.
- Clarke, John (2005): „New Labour’s citizens: activated, empowered, responsibilized, abandoned?“ In: *Critical Social Policy* 25(4), S. 447-463.
- Dahrendorf, Ralf (1961): „Sozialwissenschaft und Werturteil“. In: Ders.: *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*. München: Piper, S. 27-48.
- Daniels, George H. (1967): „The Pure-Science Ideal and Democratic Culture“. In: *Science* 156, S. 1699-1705.
- Dittgen, Herbert (2009): „Globalisierung und die Grenzen des Nationalstaats“. In: Kessler, Johannes/Steiner, Christian (Hg.): *Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur*. Wiesbaden: VS, S. 160-171.
- Espeland, Wendy Nelson/Sauder, Michael (2007): „Rankings and Reactivity: How Public Measures Recreate Social Worlds“. In: *American Journal of Sociology* 113(1), S. 1-40.
- Etzkowitz, Henry/Leydesdorff, Loet (1997): *Universities and the Global Knowledge Economy: A Triple Helix of University-Industry-Government Relations*. London: Pinter.
- Gerhards, Jürgen (1991): „Funktionale Differenzierung der Gesellschaft und Prozesse der Entdifferenzierung“. In: Fischer, Hans Rudi (Hg.): *Autopoiesis. Eine Theorie im Brennpunkt der Kritik*. Heidelberg: Carl Auer, S. 263-280.

- Gibbons, Michael/Limoges, Camilla/Nowotny, Helga/Schwartzman, Simon/Scott, Peter/Trow, Martin (1994): *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Technology in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Gieryn, Thomas F. (1983): „Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists“. In: *American Sociological Review* 48(6), S. 781-795.
- Gieryn, Thomas F. (1995): „Boundaries of Science“. In: Jasanoff, Sheila/Petersen, James C./Pinch, Trevor (Hg.): *Handbook of Science and Technology Studies*. Thousand Oaks: Sage, S. 393-443.
- Grande, Edgar/Jansen, Dorothea/Jarren, Otfried/Rip, Arie/Schimank, Uwe/Weingart, Peter (Hg.) (2013): *Neue Governance der Wissenschaft: Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung*. Bielefeld: transcript.
- Imhof, Kurt (2011): *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kaldewey, David (2013): *Wahrheit und Nützlichkeit. Selbstbeschreibungen der Wissenschaft zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Relevanz*. Bielefeld: transcript.
- Kitcher, Philip (2001): *Science, Truth, and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Kitcher, Philip (2011): *Science in a democratic society*. Amherst, NY: Prometheus Books.
- Kneer, Georg (2004): „Differenzierung bei Luhmann und Bourdieu. Ein Theorienvergleich“. In: Nassehi Armin/Nollmann, Gerd (Hg.): *Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 25-56.
- Knorr Cetina, Karin (1992): „Zur Unterkomplexität der Differenzierungstheorie“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 21(6), S. 406-419.
- Lacey, Hugh (1999): *Is Science Value Free? Values and Scientific Understanding*. London/New York: Routledge.
- Lehmann, Harry (2006): *Die flüchtige Wahrheit der Kunst*. München: Fink.
- Mayntz, Renate/Neidhardt, Friedhelm/Weingart, Peter/Wengenroth, Ulrich (Hg.) (2008): *Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Mulkay, Michael (1976): „Norms and Ideology in Science“. In: *Social Science Information* 15(4/5), S. 637-656.
- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael (2001): *Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Power, Michael (2008): „Research Evaluation in the Audit Society“. In: Matthies, Hildegard/Simon, Dagmar (Hg.): *Wissenschaft unter Beobachtung. Effekte und Defekte von Evaluationen*. Leviathan Sonderheft 24. Wiesbaden: VS.
- Rauterberg, Hanno (2014): „Rembrandt gegen Depressionen“. In: *Die Zeit*. 22.05.2014, S. 51.
- Rieger-Ladich, Markus (2004): „Autonomie revisited. Kritik und Wiederaneignungsversuch einer Leitkategorie des pädagogischen Diskurses“. In: Auterio, Antonio/Goertz, Stephan/Striet, Magnus (Hg.): *Endliche Autonomie. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein theologisch-ethisches Programm*. Münster: LIT, S. 207-236.
- Safranski, Rüdiger (2007): *Romantik. Eine deutsche Affäre*. München: Fischer.
- Schimank, Uwe (2006): „Feindliche Übernahmen: Typen intersystemischer Autonomiebedrohungen in der modernen Gesellschaft“. In: Ders.: *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftsteuerung. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 2*. Wiesbaden: VS, S. 71-83.
- Shapin, Steven (2012): „The Ivory Tower. The History of a Figure of Speech and its Cultural Uses“. In: *The British Journal for the History of Science* 45(1), S. 1-27.

- Simon, Dagmar/Knie, Andreas (2013): „Can Evaluation Contribute to the Organizational Development of Academic Institutions? An International Comparison“. In: *Evaluation – The International Journal of Theory, Research and Practice* 19(4), S. 402-418.
- Star, Susan Leigh/Griesemer James R. (1989): „Institutional Ecology, ‚Translations‘ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley’s Museum of Vertebrate Zoology, 1907-39“. In: *Social Studies of Science* 19(3), S. 387-420.
- Tirebuck, William (1894). „On the verge of change“. In: Reid, Andrew (Hg.): *The New Party Described by Some of its Members*. London: Hodder Brothers. S. 363-374.
- Weingart, Peter (2001): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Paradoxe Autonomie

Zu einem systemtheoretischen Begriff der Autonomie von Universität und Wissenschaft

Der Aufsatz schlägt einen systemtheoretischen Begriff von Autonomie vor, der mit Autonomie nicht die Selbständigkeit oder weitgehende Unabhängigkeit eines Systems meint, sondern die Entstehung einer inneren Steuerungsebene des Systems, die Selbstkontrollen einrichtet, die zugleich Einflusswege markieren, die von allen Versuchen der externen Fremdkontrolle des Systems benutzt werden müssen. Autonomie bezeichnet also ein Steigerungsverhältnis von Fremd- und Selbstkontrollen, das sowohl der Informationsabhängigkeit der Systeme Rechnung trägt und damit dem Sachverhalt, dass sie in sich selbst keine hinreichende Gründe für Bestimmungen finden, wie sie zugleich Informationen und Kontrollversuche so kanalisiert, dass an der Selbstbestimmung des Systems kein Zweifel bestehen kann. Je diversifizierter die Mechanismen der Selbstkontrolle sind, desto mehr externe Abhängigkeiten kann sich das System leisten. Der Text schlägt mit dieser Überlegung ein allgemeines Modell für die Theorie der sozialen Systeme vor, das zugleich seine Eignung darin erweisen muss, dass es differenzierte historische und empirische Analysen verschiedenster Systeme zulässt. Dieser Versuch wird paradigmatisch an den beiden Anwendungsfällen Universität (als Organisation zwischen Erziehungs- und Wissenschaftssystem) und Wissenschaft (als Funktionssystem der modernen Gesellschaft) ausprobiert.

1 Individualität, Organisation, Funktionssysteme: Drei Bezugspunkte für die Frage nach Autonomie

Im Begriff der Autonomie konvergieren die Ideologie und die Theorie der Moderne. Die Behauptung der Unabweisbarkeit von Autonomie ist einerseits Selbstbeschreibung über viele Ebenen der Systembildung in der Gesellschaft hinweg, sie wird andererseits in gleichem Maße durch wissenschaftliche Fremdbeschreibungen ratifiziert. Auch diese identifizieren Autonomie entweder als einen empirischen Sachverhalt, oder sie empfehlen sie als Maxime der (Selbst-)Gestaltung aller beobachtbaren Einheiten im System der Gesellschaft.

Man kann diese Hypothese relativ schnell über mehrere Ebenen hinweg einer ersten Überprüfung unterziehen. Unumstritten scheint mir die Auto-